

Informationen zum “Forschungs“-Bergwerk Asse II

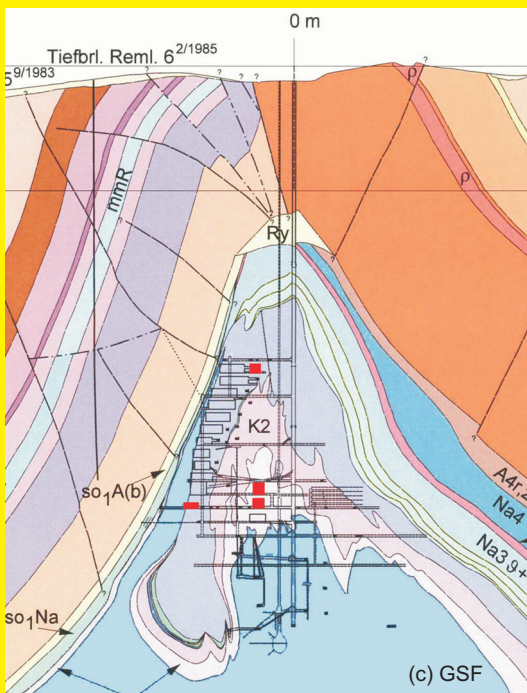
Im Höhenzug Asse, nahe der Ortschaft Remlingen im Landkreis Wolfenbüttel liegt das „Forschungs“-Bergwerk Asse II, in dem in den '60er und '70er Jahren Atommüll eingelagert wurde - vorgeblich nur zu Versuchszwecken.

Aber, diese Versuche sind zu Ende und der Müll noch immer in der Grube. Seit 20 Jahren dringt Lauge in das angeblich so „standsichere und trockene Lager“. Nun soll das Bergwerk geflutet werden – mit dem gesamten eingelagerten Atommüll.



Zeittafel

- 1964/65 Ende der Steinsalzförderung und Kauf des Salzbergwerks zur Endlagerforschung durch GSF
- ab 1967 “versuchsweise” Einlagerung von rund 125.000 Fässer mit schwachradioaktiven Stoffen, später auch von rund 1.300 Fässer mit mittelradioaktiven Abfall
- 1978 Ende der Einlagerungen in Asse II aufgrund auslaufender Genehmigungen
- 1979 Dipl.-Ing. Hans-Helge Jürgens warnt vor mangelnder Standsicherheit und beschreibt die Möglichkeit eines Wassereinbruchs
- 1988 Salzlösungszutritte stellten bisher angeblich in sich geschlossene Vorkommen dar, die nicht im Kontakt zum Grundwasser stehen; Widerruf dieser Aussage: der jetzige Laugenzufluss von 11.500 Liter pro Tag kommt aus dem Deckgebirge, genaue Herkunft ist unbekannt und Zutritt sei nicht zu stoppen
- 1992 Genehmigung des Auffüllens des Bergwerkes mit Rückstandssalz
- 1995 Einstellung der Versuchstätigkeit mit radioaktiven Stoffen; Beginn der Verfüllung mit Salz
- 2002 Inventarliste der GSF enthält neben anderen Radionukliden und erheblichen Mengen von chemischen toxischen Stoffen auch 102 t Uran, 87 t Thorium, 11,6 kg Plutonium und Radium (Gesamtaktivität: $3,1 \times 10^{15}$ Bq)
- ab 2002 Konzept zur Flutung mit einer wässrigen Magnesiumchlorid-Lösung wird entwickelt
- ab 2005 Verfüllung des Tiefenaufschlusses unter 775m mit Salz und $MgCl_2$ -Lösung
- Jan. '07 GSF reicht Abschlußbetriebsplan zur "nassen" Schließung beim LBEG in Clausthal ein
- Apr. '07 LBEG fordert Nachbesserungen zum Abschlußbetriebsplan der GSF
- Apr. '07 Klage zur Anwendung des Atomrechts für ASSE II eingereicht



Radioaktives Inventar

(2002 nachträglich anhand von Lieferlisten errechnet)

LAW

124.494 Fässer
725m & 750m Sohle
12 Kammern
 $2,8E+15$ Bq bei Einlagerung
 $1,9E+15$ Bq (Stand 1.1.02)
102 t Uran
87 t Thorium
11 kg Plutonium

MAW

1.293 Fässer
511m Sohle
1 Kammer
 $5E+15$ Bq bei Einlagerung
 $1,2E+15$ Bq (Stand 1.1.02)
150 kg Uran
3 kg Thorium
0,6 kg Plutonium

Die LAW-Fässer wurden anfangs gestapelt, der überwiegende Teil später in die Abbaukammern verstürzt und mit Salzgrieß überdeckt.

Die MAW-Fässer wurden durch einen Schieber von der 490m Sohle in ihre Kammer auf der 511m Sohle mittels eines Krans herabgelassen.

Sicherheitsprobleme

Nahezu jedes Salzbergwerk hat aufgrund seiner Hohlräume mit der Standsicherheit, meist auch mit Wassereinbrüchen zu kämpfen. In Asse II läuft seit 20 Jahren kontinuierlich Lauge ein, deren Ursprung bis heute ungeklärt ist. Mit der Begründung, dass das Abdichten dieses „Lecks“ nicht gelingt und die dauerhafte Standsicherheit des Grubengebäudes angezweifelt werden muss, propagiert die Betreibergesellschaft GSF (eine Tochter des Bundes) die bewusste Flutung des Bergwerks - inklusive des Atommülls!

Klar ist, dass im Falle der Flutung, die Atommüllfässer innerhalb von 10 bis 100 Jahren vollständig zersetzt werden. Die dadurch radioaktiv gewordene Flüssigkeit wird dann durch den Gebirgsdruck aus dem Grubengebäude ausgepresst und gelangt in tiefere Salzwasserschichten. Diese Schichten ziehen sich von Magdeburg bis Hildesheim, vom Harzrand bis nach Lüneburg. Auch vor Ort existieren viele Salzwasserquellen, die das kontaminierte Salzwasser von den Atommüllfässern an die Oberfläche transportieren werden. Bleibt die Frage: Wie schnell und wie viel radioaktives Material wird über diesen Weg in die Biosphäre gelangen?

Alternative Konzepte wie die Verfüllung mit festen Stoffen bzw. Gelen oder die Rückholung des Atommülls werden nicht in Betracht gezogen. Als Begründung wird eine Studie angeführt, derzufolge die Standfestigkeit des Grubengebäudes nur bis 2014 vorhanden sei. Die Offenlegung der Quelle wird jedoch immer wieder verhindert. Seit das Atomrecht 1976 auf Atommülllager ausgeweitet wurde, ist der Optionsvergleich sogar vorgeschrieben. Mit dem geschickten Winkelzug, die Asse irreführend als Versuchsendlager zu betiteln, ist es der GSF bis heute gelungen, das Atommülllager unter Bergrecht und unter Anwendung der Strahlenschutzverordnung zu betreiben.

Damit wenigstens zur Schließung das im Atomrecht festgeschriebene Planfeststellungsverfahren durchgeführt wird, klagt nun die Anwohnerin Irmela Wrede gegen das Land Niedersachsen. Um diese Klage finanziell abzusichern, wurde der Asse-II-Rechtshilfefonds gegründet. Für die erste Instanz sind Kosten von bis zu 40.000 € zu erwarten.

Forderungen

- Die Asse II ist kein normales Bergwerk, sondern Deutschlands größtes bestehendes Atommüll-lager.
- Das Deckgebirge der Asse ist weder dicht noch stabil noch trocken, die Gesteinsbewegungen nahmen unerwartet stark zu und seit 1988 fließen täglich 12 Kubikmeter Wasser in den Schacht. Der Atommüll lässt sich nicht dauerhaft vor unkontrollierten Zuflüssen schützen. Aus dieser Not heraus wollen die Betreiber das Bergwerk flüssig verfüllen und den Atommüll nicht rückholbar sich selbst überlassen. Dieser Plan nimmt die Auflösung der Verpackungsgebände und die Verseuchung des Grundwassers durch austretende Radionuklide innerhalb weniger Jahre bewusst in Kauf.
- Wir fordern, Asse II nicht per Flutung stillzulegen. Der Atommüll muss rückholbar bleiben. Alle notwendigen Maßnahmen für eine mögliche Rückholung sind umgehend im Detail zu planen und genehmigungsrechtlich abzusichern. Damit die Rückholung möglich bleibt, muss das Bergwerk sofort stabilisiert werden.
- Parallel dazu müssen in einem öffentlich nachvollziehbaren Prozess schnellstens alle Alternativen zur Flutung und zur Rückholung entwickelt und bewertet werden. Die Risiken müssen von unabhängigen Fachleuten analysiert und die Untersuchungsmethoden und -ergebnisse öffentlich gemacht werden.
- Grundlage für alle Planungen und Entscheidungen muss das Atomrecht mit seinen spezifischen Regelungen sein, insbesondere im Hinblick auf die Öffentlichkeitsbeteiligung.
- Da die Bundesregierung bislang nicht gewillt ist, das Atomrecht anzuwenden, unterstützen wir die Klage der Asse-Anwohnerin Irmela Wrede und tragen zur finanziellen Absicherung über den Asse-II-Rechtshilfefonds bei.
- Die katastrophalen Erfahrungen mit Asse II müssen Konsequenzen für den weiteren Umgang mit der Atomenergie haben. Wer diese Erfahrungen ernst nimmt, kommt um die Erkenntnis nicht herum, dass eine weitere Produktion von Atommüll grundsätzlich nicht zu verantworten ist.

Mehr Informationen

Internetseiten...

- Aktion Atommüllfreie Asse:
<http://www.aaa-wf.de>
- Asse II - Koordinationskreis:
<http://www.asse2.de>
- aufpASSEn e.V.:
<http://www.aufpassen.org>
- Betreiber des Endlagers:
<http://www.gfs.de/asse>

... unterstützen

Neben der Mitarbeit bei den untenstehenden Organisationen können Sie unsere kritische Arbeit zum Atommüll-Lager auch durch eine Spende unterstützen:

Kontoinhaber: **Asse-II-Rechtshilfefonds**
Kontonummer: **112 723 3000**
Bankleitzahl: **269 910 66**
Kreditinstitut: **Volksbank Braunschweig/Wolfsburg**

Informationen zum “Erkundungs”-Bergwerk Gorleben

Beim niedersächsischen Elbedorf Gorleben befinden sich im Landkreis Lüchow Dannenberg (Wendland) zwei oberirdische Zwischenlager für radioaktiven Müll, eine Konditionierungsanlage und ein Erkundungsbergwerk für ein Endlager. Gorleben wurde am 22.2. 1977 als Standort für ein „Nukleares Entsorgungszentrum“ benannt.

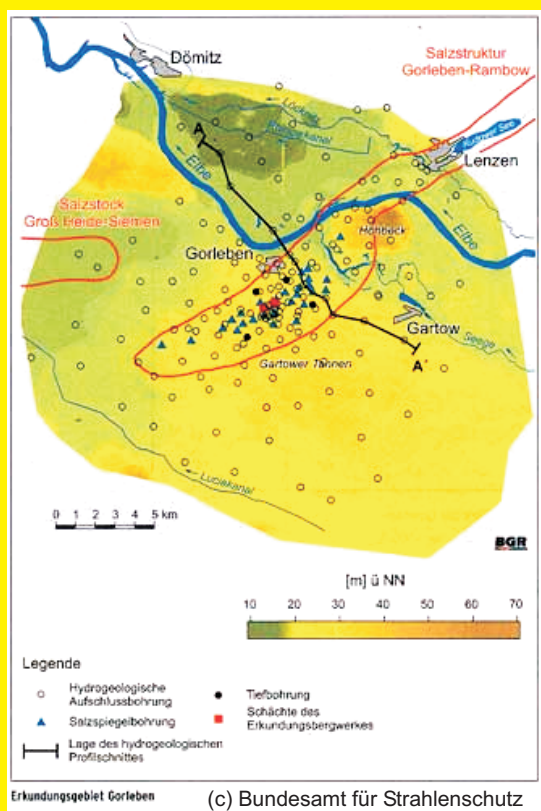
Der Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage konnte durch den fantasievollen Anti-Atom-Widerstand im Wendland verhindert werden. Seit 1983 wird schwach-mittelradioaktiver Müll und seit 1996 hochradioaktiver Müll in sogenannten Castor-Behältern in den Zwischenlagern abgestellt.



(c) Bundesamt für Strahlenschutz

Zeittafel

- 1976 Ernst Albrecht (CDU), niedersächsischer Ministerpräsident in den Jahren 1976 bis 1990, hatte sich zu Beginn seiner Amtszeit ausschließlich aus politischen Gründen für Gorleben als Standort des „Nuklearen Entsorgungszentrums“ entschieden.
- 1977 Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) fällt in einem Bericht mit dem Titel „Langzeitlagerung radioaktiver Abfälle“ die Aussage für das Endlager.
- 1986 Beginn der ersten Arbeiten; Schacht 2 ist bis auf 840 m abgeteuft
- 1997 Schacht 1 hat die Endtiefe von 933 m erreicht. In Gorleben werden nun Strecken von insgesamt ca. 25 km Länge in den Salzstock getrieben, um weitere Untersuchungen vornehmen zu können. Die Bundesregierung rechnet für das Endlager Gorleben mit Gesamtkosten von 4,58 Mrd. DM bis zur Inbetriebnahme.
- 2000 Die Erkundung ist durch den Energiekonsens der rot-grünen Bundesregierung mit den Stromkonzernen gestoppt worden. Das nun beschlossene Moratorium ist Bestandteil des Rot-Grünen Ausstiegskonzepts. Dieses Moratorium ist aber nicht mit planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass Gorleben selbst bei einer weiteren Endlagersuche Favorit bleiben würde.



(c) Bundesamt für Strahlenschutz

Sicherheitsprobleme

Das Endlager-Erkundungsbergwerk: Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atom Müll dienen soll, wird seit Jahrzehnten von namhaften Geologen bestritten.

1987 kracht ein Schacht fast zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiten den Ausbau des Endlagers, das als „Erkundungsbergwerk“ getarnt bisher nach Bergrecht und damit unter rechtlichem Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde.

Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Graf Bernstorff konnte von seinem Klagerecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler zum Endlagerbau auf dem Plan.

Hintergrund

1976 hat sich der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) ausschließlich aus politischen Gründen für Gorleben als Standort eines „Nuklearen Entsorgungszentrums“ entschieden. Dies ist keine These, denn 17 Jahre später berichtete der damalige Vizepräsident des niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung, Prof. Gerd Lüttig, wie es zur Standortbenennung Gorlebens kam. Ministerpräsident Albrecht war verärgert und äußerte gegenüber dem Professor, „Die DDR hat uns mit dem Endlager Gorleben so geärgert, jetzt ärgern wir mit Gorleben zurück.“ Geografischer Hintergrund: Morsleben liegt unmittelbar an der Grenze zur Bundesrepublik, Gorleben nur 2 km von der ehemaligen DDR-Grenze entfernt. Zur damaligen Zeit hätten bei einer atomaren Katastrophe in Gorleben allein in einem Radius von 30 km über 70% der betroffenen Menschen in der DDR gewohnt. 1986 wird mit den ersten Arbeiten begonnen. Schacht 2 ist bis auf 840 m abgeteuft. 1997 hat der Schacht 1 die Endtiefe von 933 m erreicht.

In Gorleben werden nun Strecken von insgesamt ca. 25 km Länge in den Salzstock getrieben, um weitere Untersuchungen vornehmen zu können. Die Bundesregierung rechnet für das Endlager Gorleben mit Gesamtkosten von 4,58 Milliarden DM bis zur Inbetriebnahme. Im Jahr 2000 wurde die Erkundung durch den Energiekonsens der rot-grünen Bundesregierung mit den Stromkonzernen gestoppt. Das nun beschlossene Moratorium ist Bestandteil des rot-grünen Ausstiegskonzepts. Dieses Moratorium ist aber nicht mit planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass Gorleben selbst bei einer weiteren Endlagersuche Favorit bleiben würde. Längstenfalls dauert das Moratorium bis 2010 an, kann aber jeden Moment aufgehoben werden.

Über dem Salzstock fehlt auf über 7,5 Quadratkilometern ein schützendes Deckgebirge. Es ist löchrig und teilweise gar nicht vorhanden. Das bedeutet, dass über unterirdische Wasserwege auf Dauer todbringende radioaktive Isotope in die Biosphäre gelangen werden. Deshalb sprechen wir von einem „Atommüllklo mit Wasserspülung nach oben“. Niemand würde so etwas in seinem Haus einbauen, oder?

Prof. Dr. Eckhard Grimmel von der Universität Hamburg, der lange Zeit Gorleben als Geologe untersuchte, warnt neben den Wasser führenden Schichten und dem Fehlen einer Barriere vor der Mobilität des Salzstocks. Da das Deckgebirge als wirksame Barriere gegen die Ausbreitung langlebiger Radionuklide weitgehend ausfällt, müsste der Salzstock alleine die gesamte langfristige „Sicherheitslast“ tragen. Denn die eingelagerten Behälter stellen keinerlei Schutz dar, weil sie in dem aggressiven Medium Salz korrodieren. Der Salzstock Gorleben ist deshalb weder kurz- noch langfristig für die Endlagerung von hochradioaktivem Müll geeignet. Prof. Dr. Eckhard Grimmel hat ab 1980 den Deutschen Bundestag über Möglichkeiten der Entsorgung radioaktiver Abfälle beraten. Er warnt in seinem neuen Buch „Kreisläufe der Erde“ vor einem Gorlebener Endlager: „Seit 1984 steht fest, dass dieser Salzstock als Endlager ungeeignet ist“. Grimmel fasst zusammen: „Der Salzstock ist nicht durch eine hinreichende mächtige und lückenlose Tondecke von den wasserführenden Schichten abgeschirmt. Der Salzstock ist nicht in Ruhe und steigt noch weiter auf. Der Salzstock hat durch Salzauflösung bereits einen großen Teil seiner Substanz verloren und wird noch weiter abgelautet. Darüber hinaus ist zweifelhaft, ob Salz grundsätzlich für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle geeignet ist. Durch unkontrollierbare Reaktionen des Salzes (Radiolyse), initiiert durch Wärmeeintrag und Strahlung, ist die Stabilität des Salzstocks zusätzlich gefährdet“.

Zum Gorlebener Atomkomplex gehören weitere Anlagen. Ein Zwischenlager für schwach bis mittlerradioaktiven Müll, ein Zwischenlager für hochradioaktiven Müll und eine Konditionierungsanlage, die nicht in Betrieb ist. Das Zwischenlager für hochradioaktiven Müll ist bekannt durch die Transporte von Castor-Behältern, die regelmäßig von der entschlossenen Bevölkerung trotz martialischer Polizeiaufgebote blockiert werden. Jeder Transport in das Zwischenlager macht Gorleben als Endlagerstandort wahrscheinlicher. Obwohl ein Moratorium verhängt wurde, rollen die Transporte und schaffen einen unnötigen Sachzwang auf ein Endlager Gorleben.

Mehr Informationen

Internetseiten...

- Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
www.bi-luechow-dannenberg.de
- Castor-Nix-Da-Kampagne:
www.castor.de
- Kunstprojekt:
www.steine-fuer-morsleben.kulturserver-san.de
- Initiativen gegen die Atomanlagen in Gorleben:
www.castor.de/diskus/gruppen/uebersicht.html
- Weiterführende Berichte, Presseartikel & Gutachten:
www.castor.de/technik/endlager/endlagerinhalt.html
- Betreiber des Erkundungsbergwerks:
www.dbe.de

Unabhängige Organisationen...

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.
Drawehnerstr. 3 | D-29439 Lüchow
Tel.: +49 5841 / 46 84 | Fax: +49 5841 / 31 97
Buero@bi-luechow-dannenberg.de

... unterstützen

Neben Ihrer Mitarbeit können Sie unsere kritische Arbeit zum Atommüll-Endlager auch durch eine Spende unterstützen:

Kontoinhaber: BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Kontonummer: 004 406 072 1
Bankleitzahl: 258 501 10
Kreditinstitut: KSK Lüchow

Informationen zum Atommüll-Endlager Schacht KONRAD

Schacht KONRAD ist ein stillgelegtes Erzbergwerk mitten im industriellen Herzen der Stahl-Stadt Salzgitter. Von 2013-2080 sollen hier 303.000 m³ fester oder verfestigter radioaktiver Abfälle mit „vernachlässigbarer Wärmeentwicklung“ ein und für 1.000.000 Jahre sicher „end“gelagert werde. Dabei handelt es sich um plutonuiumhaltige Abfälle aus der Wiederaufarbeitung, Betriebsabfälle aus Energiewirtschaft und Atomforschung. Abfälle aus der Medizin, die immer wieder genannt werden, machen lediglich 2%. Immerhin dürfen verteilt auf die 303.000 m³ Atommüll, die bis 2080 in Deutschland anfallen sollen, auch 865 kg Plutonium enthalten sein.

In unmittelbarer Nähe von KONRAD befinden sich rund 20.000 Industriearbeitsplätze und hochwertige Landwirtschaftliche Flächen.



Zeittafel

- 1957-'65 Abteufung und Errichtung des Erzbergwerkes Schacht KONRAD
- 1965-'76 Bergbau - Der Eisenerzabbau steht von Beginn an unter hohem Kosten- und Rationalisierungsdruck (1000 - 1300m Teufe, saures Erz, FE-Gehalt >33%) und wird im Oktober 1976 nach nur 10 ½ Betriebsjahren wieder eingestellt. Der Betriebsrat schlägt vor, das Bergwerk für andere Aufgaben zu nutzen, z.B. die Lagerung von Problemabfällen.
- 1976-'82 Erkundung - Untersuchung von Schacht KONRAD auf Eignung als Endlager für schwachaktive Abfälle und Großkomponenten aus dem Abriß von Atomkraftwerken.
- 1982-'02 Planfeststellungsverfahren
- 1982 31.8.1982 Antrag auf Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens. Als Reaktion findet am 30.10.82 die mit rd. 12.000 TeilnehmerInnen bisher größte Demonstration gegen das Projekt statt.
- 1985/86 Grundlegende Erweiterung des Planantrages. Kriterium für die Endlagerung soll nicht mehr die Dosisleistung sein ("schwach- und mittelaktiv"), sondern die Wärme. Das umgebende Wirtsgestein soll um nicht mehr als 3 Grad erwärmt werden. Damit könnten 95% des Volumens radioaktiver Abfälle in der BRD in KONRAD eingelagert werden.
- 1991 Der Bund erzwingt per Weisung die Auslegung der Planunterlagen, bundesweit werden 289.387 Einwendungen erhoben, die mit einem Treckerkorso am 13. Juli nach Hannover gebracht und der Niedersächsischen Umweltministerin Monika Griefahn übergeben werden.
- 1992/93 Von September '92 - März '93 findet in einem 75tägigen Verhandlungsmarathon der Erörterungstermin statt. Zum Auftakt demonstrieren 7.000 Menschen gegen KONRAD.
- 2000 Im Atomvertrag einigen sich Bundesregierung und Atom-Energiewirtschaft auf die Genehmigung von KONRAD.
- 2002-'07 Genehmigung / Klagen
- 22.05.02 Das Land erteilt genehmigt den Plan. Der Niedersächsische Umweltminister Jüttner (SPD) und Bundesumweltminister Trittin (GRÜNE) beschuldigen sich gegenseitig, schuld zu sein.
- 2002-'07 Klagen einer Landwirtsfamilie und von drei Gemeindem zunächst vor dem OVG Lüneburg, dann vor dem BVerfG in Karlsruhe scheitern, Landwirt Traube und die Stadt Salzgitter legen Verfassungsbeschwerde ein, die aber keine aufschiebende Wirkung mehr haben.



Kritik

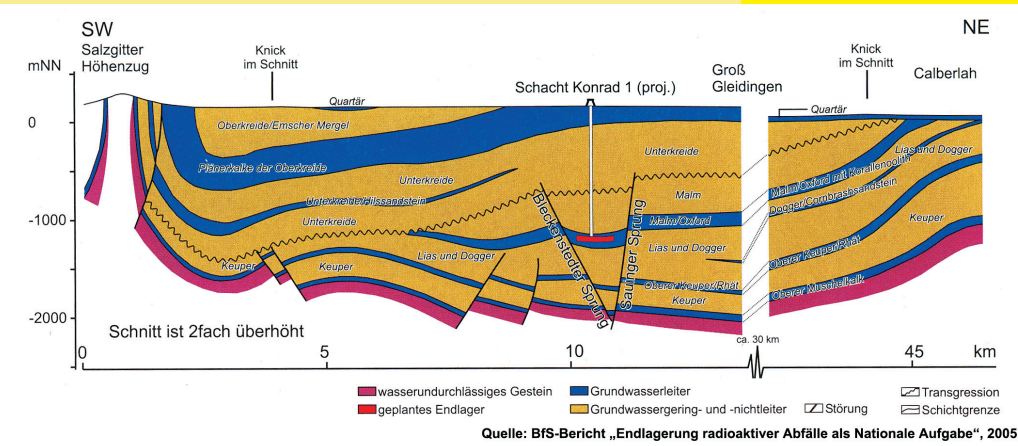
Die Berechnung der Langzeitsicherheit basiert im wesentlichen auf Annahmen, nicht auf Naturdaten. Diese Berechnungen sind mittlerweile Jahrzehnte alt, längst nicht mehr Stand der Wissenschaft und werden bezweifelt.

Überhaupt nicht Berücksichtigt wurden bei der Genehmigung Gefahren des Betriebes, etwa bei den vielen täglichen Transporten im verdichteten Industriegebiet Salzgitter. Bei schweren Katastrophen kann es im Bereich von mehreren Kilometern zu einer radioaktiven Belastung kommen, die so hoch ist, dass man sich dort nicht längere Zeit aufhalten dürfte.

Eine zumindest EU-weite Nutzung kann heute rechtlich nicht mehr ausgeschlossen werden. Da ausländische Ablieferer nicht kontrolliert werden können und eine detaillierte Eingangskontrolle auf KONRAD nicht geplant ist, kann das verheerende Folgen haben.

auch im AkEnd wird jeweils ausgearbeitet, dass ein zukünftiges Endlager in „jungfräulichen“ geologischen Schichten und nicht in wirtschaftlich ausgebeuteten Bergwerken zu errichten ist. Damit soll die Barrierenfunktion des Deckgebirges nicht wie schon in Asse und Morsleben zu stark geschwächt sein. Diese Barriere trägt beim Endlagerkonzept in tiefen geologischen Schichten die Schlüsselfunktion – und ist in KONRAD nicht Intakt. Das Isolationspotential dieses Bergwerkes ist nicht ausreichend.

Eine weitere Gefahr besteht durch den angelieferten Abfall auf dem Schachtgelände. Zwischen dem Anliefern und dem Verbringen unter Tage wird sich eine zeitlicher Versatz ergeben, der eine Zwischenlagerung erfordern wird. Ohne dieses als faktisches Zwischenlager zu kennzeichnen oder genehmigen zu lassen.



Die Möglichkeit des Absaufens von KONRAD wird bewusst in Kauf genommen und wird auch vom Betreiber eingeräumt. Die grundwasserleitende Schicht, in der sich das geplante Endlager befindet, hat direkten Kontakt zur Biosphäre zwischen Braunschweig und Wolfsburg. Damit genügt das Endlager KONRAD nicht den Anforderungen, die das BfS in seinem Synthesebericht aus dem Jahre 2005 zu Fragen der Endlagerung radioaktiver Abfälle hat ausarbeiten lassen. Sowohl in diesem Bericht als

Altlasten und den noch anfallenden Atommüll angestrebt werden. Das bedeutet im Rahmen einer ausschließlich nationalen Lösung ein Standort-suchverfahren ohne Vorfestlegungen auf Konrad und Gorleben .

- Verschenden Sie keine Steuergelder mehr in den Ausbau von Schacht Konrad und versuchen Sie erst recht nicht, uns Gesundheit und Existenzgrundlage abkaufen zu wollen!

Forderungen

- Machen Sie von der Genehmigung für Schacht Konrad keinen Gebrauch!
- Angesichts der Erfahrungen mit ASSE II und Morsleben muss das Konzept der „wartungsfreien“, nicht rückholbaren Endlagerung grundsätzlich neu bewertet werden.
- Nach der Neubewertung des Endlagerkonzeptes muss die bestmögliche Lösung für die

Mehr Informationen

Unabhängige Organisationen...

Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.
Bleckenstedter Str. 14a | D-38239 Salzgitter
Tel.: +49 53 41 / 90 01 94 | Fax: +49 53 41 / 90 01 95
info@ag-schacht-konrad.de

Bündnis Salzgitter gegen Schacht KONRAD
c/o IG Metall Salzgitter
Chemnitzer Str. 33 | D-38226 Salzgitter
Tel.: +49 53 41 / 88 44 25 | Fax: +49 53 41 / 88 44 20
ina.biethan@igmetall.de

Internetseiten...

- KritikerInnen:
<http://www.ag-schacht-konrad.de>
- Betreiberin des Endlagers:
<http://www.bfs.de>

... unterstützen

Neben der Mitarbeit bei den untenstehenden Organisationen können Sie unsere kritische Arbeit zum Atommüll-Endlager auch durch eine Spende unterstützen:

Kontoinhaber: Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.
Kontonummer: 37 87 52 308
Bankleitzahl: 250 100 30
Kreditinstitut: Postbank Hannover

Informationen zum Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM)

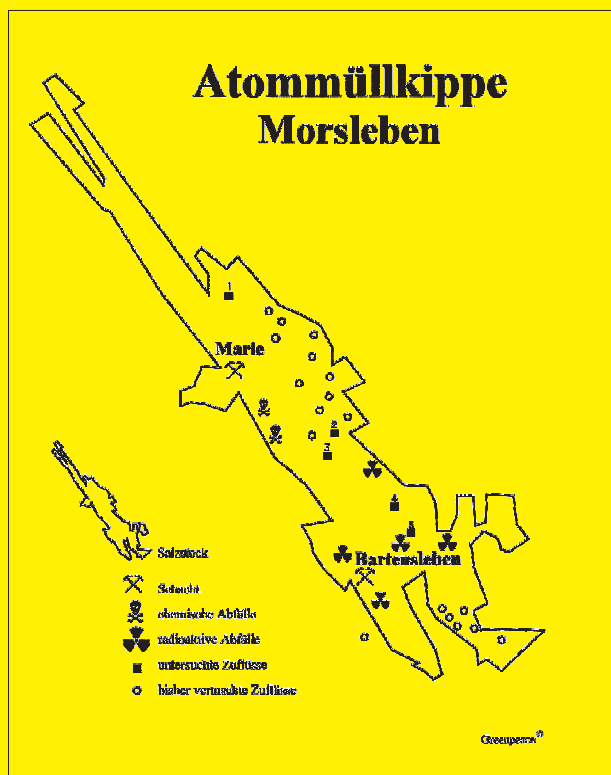
Im Dorf Morsleben im früheren Grenzgebiet zwischen DDR und BRD bei Helmstedt befindet sich das zentrale Endlager für radioaktiven Atommüll der ehemaligen DDR. Die Atomanlage wurde 1990 von der Bundesregierung übernommen. Den größten Teil des radioaktiven Inventars stellen inzwischen Abfälle aus bundesdeutschen Atomkraftwerken dar.

Das ERAM ist ein ehemaliges Kali- und Steinsalz-Bergwerk. Es wurde 1969 zum Standort für die Atommüll-Endlagerung der DDR ernannt.



Zeittafel

- 1969 Die Staatliche Zentrale für Strahlenschutz bestimmt Morsleben zum Standort für die Zentrale Endlagerung aller Arten radioaktiver Abfälle der DDR
- 1971/72 erste Einlagerungen von 500 m³ Atommüll noch vor dem Umbau zum Endlager
- 1972/73 Standortgenehmigung, weitere Einlagerungen in den 1970er Jahren vor der offiziellen Inbetriebnahme
- 1978/79 Inbetriebnahmegenehmigung
- 1981 Genehmigung des auf fünf Jahre befristeten Dauerbetriebs.
- 1986 Erteilung der unbefristeten Dauerbetriebsgenehmigung, der Langzeitsicherheitsnachweis für die Endlagerung muss auch in diesem Stadium noch nicht erbracht werden.
- ab 1991 In Verantwortung der Bundesregierung wird in Morsleben noch einmal wesentlich mehr Atommüll eingelagert als seitens der DDR.
- 1998 Eine Klage von UmweltschützerInnen stoppt 1998 den Einlagerungsbetrieb. Infolge dessen gibt die Bundesregierung ihre Absicht weiterer Atommüll-Einlagerungen auf.
- 2001 Ein "Löserbruch", bei dem mehrere Tausend Tonnen Salzgestein von der Decke herabstürzen, zeigt eindringlich die Einsturzgefahr im ERAM.



Radioaktives Inventar

Im ERAM lagern insgesamt **36.753 Kubikmeter** niedrig- und mittelradioaktive Abfälle mit einer Gesamtaktivität von etwa **3.8E+14 Bq**. Davon wurden 14.432 Kubikmeter in den Jahren 1971 bis 1991 und ungefähr 22.320 Kubikmeter von 1994 bis 1998 eingelagert.

Flüssige radioaktive Abfälle wurden auf eine Schicht Braunkohlenfilterasche **versprüht**, in der Annahme, dass dieses Gemisch sich verfestigen würde. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht und große Mengen radioaktiver Flüssigkeiten drangen bis in die unteren Sohlen des Bergwerks ein. Später wurde ein anderes Verfahren eingesetzt - bald nach Übernahme des Endlagers durch die Bundesregierung wurde dieses aber ebenfalls gestoppt.

Feste radioaktive Abfälle wurden zum Teil lose oder in Fässern in Einlagerungshohlräume **verstürzt** oder fassweise **gestapelt**. Beim Versturz wurden bereits viele Fässer beschädigt. Strahlenquellen wurden zum Teil in **Bohrlöchern** versenkt.

Sicherheitsprobleme

Schon 1969 war die **Einsturzgefahr** ("Gefährdung der Standsicherheit von Grubenteilen") in Morsleben bekannt. Damit war dieses Wissen bereits vor den ersten Genehmigungen für den Betrieb des ERAM vorhanden.

Auch **Wasserzuflüsse** sind hier ein lange bekanntes Problem. Seit vielen Jahrzehnten werden fünf Zuflussstellen genau dokumentiert. Bei einem davon besteht nachweislich eine Verbindung zum Deckgebirge. Eine Vielzahl weiterer Zuflüsse, die bis dahin vertuscht worden waren, deckte Greenpeace in den 1990ern auf.

Grundsätzliche **geologische Nachteile** wirken sich ebenfalls auf die Sicherheit des Endlagers aus: Der Salzstock ist von porösen (z.B. Hauptanhydrit) und sehr leicht wasserlöslichen Gesteinsschichten (z.B. Kaliflöz) durchzogen. Damit steigt die Gefahr eindringender Wässer, weil diese leichte Angriffspunkte vorfinden und auch die Standsicherheit des Bergwerkes wird gefährdet. Die verschiedenen Gefährdungsfaktoren (mangelnde Standsicherheit, Wasserzuflüsse, Bewegungen im Gebirge) beeinflussen sich gegenseitig und verstärken sich.

Durch die hohe **Komplexität des Endlagers** (vergleichbar "durchlöchert" wie ein Schweizer Käse) werden Sicherheitsabschätzungen erschwert. Nicht alle Hohlräume sind vollständig bekannt. Vor allem in der Zeit der Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert fand regelrecht "wilder" Bergbau statt, der nur dürftig dokumentiert wurde.

In den letzten Jahren ereigneten sich zwei akute

Gefahrensituationen, die **sofortige Abwehrmaßnahmen** erforderten: Ende 2000 mussten mehrere Kammern im Südfeld des Endlagers mit Salzgrus abgedeckt werden, um zu verhindern, dass herabstürzende Deckenteile den dort lagernden Atom-müll aufwirbeln und sich über die Lüftungsanlage verbreiten. Im Oktober 2001 begann eine weitere Gefahrenabwehr-Maßnahme, die der drohenden Einsturzgefahr im Zentralteil des Endlagers entgegenwirken soll. Bis 2009 sollen hierzu mehr als 630.000 Kubikmeter Salzbeton in das Endlager eingebracht werden.

Forderungen

- Atommüll-Produktion stoppen - **sofortige Abschaltung aller Atomanlagen** weltweit!
- Alle Stilllegungsvarianten - u.a. die **Rückholung** des Atommülls und der **Offenhaltungsbetrieb** - müssen untersucht werden.
- **Gutachten** und **alle anderen Unterlagen** zum Endlager Morsleben sollen der kritischen Öffentlichkeit endlich zur Verfügung gestellt werden.
- Die **Blockadepolitik** des Bundesamtes für Strahlenschutz gegenüber den Recherchen kritischer Umweltorganisationen muss ein Ende haben.
- **Echte Mitbestimmung** durch die von der Atommüll-Misere betroffenen Menschen statt Pseudo-Beteiligung.
- **Keine faulen Kompromisse** zulasten von Menschen und Umwelt.

Mehr Informationen

Internetseiten...

- Forschungsprojekt zur Aufarbeitung der Geschichte des ERAM:
<http://greenkids.de/morsleben>
- Internetseite des Morsleben-Netzwerk:
<http://morsleben-stillegung.de>
- Kunstprojekt:
<http://www.steine-fuer-morsleben.kulturserver-san.de>
- Betreiber des Endlagers:
<http://www.bfs.de>

... unterstützen

Neben der Mitarbeit bei den untenstehenden Organisationen können Sie unsere kritische Arbeit zum Atommüll-Endlager auch durch eine Spende unterstützen:

Kontoinhaber: **Greenkids e.V.**
Kontonummer: **30 120 859**
Bankleitzahl: **810 532 72**
Kreditinstitut: **Stadtsparkasse Magdeburg**

oder: Kontoinhaber: **Initiative Morsleben**
Kontonummer: **7 215 270**
Bankleitzahl: **259 500 00**
Kreditinstitut: **Nord/LB Helmstedt**

Unabhängige Organisationen...

Greenkids e.V.

Postfach 32 01 19 | D-39040 Magdeburg
Tel.: +49 391 / 72 72 657 | morsleben@greenkids.de
Aktivitäten: Morsleben-Archiv, Hintergrundrecherchen

Morsleben-Netzwerk

Karl-Schmidt-Str. 4 | D-39104 Magdeburg
Tel.: +49 391 / 55 70 753 | Mobil: +49 162 / 860 89 49
kontakt@morsleben-stillegung.de
Aktivitäten: Informationen, Vernetzung, politische Arbeit

Initiative gegen das Atommüll-Endlager Morsleben

Rostocker Str. 5 | D-38350 Helmstedt
Tel.: +49 53 51 / 41 861
Aktivitäten: Standortinitiative

Kunstprojekt "steine für MorsLeben"

Kirsten Neubig | Dorfstr. 11 | D-39638 Zobbenitz
Tel.: +49 39 056 / 51 039